marktwirtschaftlichen Ukraine, die enge, vertrauensvolle Beziehungen zur Europäischen Union und zu Russland entwickelt. Wir werden Präsident Juschtschenko dabei unterstützen und ihm bei seiner Politik der Reformen und der nationalen Aussöhnung zur Seite stehen.

Meine Damen und Herren,

kein Land der Welt ist allein in der Lage, den neuen internationalen Herausforderungen zu begegnen. Wir brauchen dafür ein starkes und effektives multilaterales System. Ein System, das einen verlässlichen Rahmen für Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Staaten bietet und globale Regierbarkeit gewährleistet.

Ich bin davon überzeugt: Die internationale Gemeinschaft wird es schaffen, diese Herausforderungen zu meistern. Deutschland ist bereit, seinen Beitrag zu leisten und die internationale Verantwortung, die von uns erwartet wird, zu erfüllen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

"Alternativen zur Tyrannei der neoliberalen Globalisierung"

Manifest von Porto Alegre vom 29. Januar 2005

(Wortlaut)

Während des 5. Weltsozialforums in Porto Alegre veröffentlichten 19 Persönlichkeiten, unter ihnen die Nobelpreisträger Adolfo Perez Esquirel (Argentinien) und José Saramago (Portugal), ein "Manifest von Porto Alegre", das wir nachfolgend im Wortlaut dokumentieren. – D. Red.

Seit dem ersten im Januar 2001 in Porto Alegre abgehaltenen Weltsozialforum hat sich das Phänomen der Sozialforen auf alle Kontinente und bis auf die nationalen und lokalen Ebenen ausgeweitet.

Es ließ einen weltweiten öffentlichen Raum der Bürgerverantwortung und der Kämpfe entstehen. Es hat es ermöglicht, Vorschläge für politische Alternativen zur Tyrannei der neoliberalen Globalisierung zu erarbeiten, die von den Finanzmärkten und den transnationalen Konzernen vorangetrieben wird und deren bewaffneten Arm die imperiale Macht der USA darstellt. Durch ihre Verschiedenartigkeit und durch die Solidarität zwischen den Akteuren und sozialen Bewegungen, die sie ausmachen, ist die Bewegung für eine andere Welt nunmehr eine Kraft geworden, die im Weltmaßstab Gewicht hat.

In der Vielfalt der aus den Foren hervorgegangenen Vorschläge gibt es eine große Anzahl, die in den Reihen der sozialen Bewegungen eine sehr breite Übereinstimmung zu finden scheinen. Unter diesen haben die Unterzeichner des Manifests von Porto Alegre, die sich in strikt persönlicher Eigenschaft äußern und in keiner Weise vorgeben, im Namen des Forums zu sprechen, zwölf identifiziert, die insgesamt sowohl Sinn wie Projekt für den Aufbau einer möglichen anderen Welt ausmachen. Wenn sie verwirklicht würden, würden sie es den Bürgern endlich ermöglichen, sich gemeinsam ihre Zukunft wieder anzueignen.

Dieser Grundkonsens wird der Beurteilung der Akteure und sozialen Bewegungen aller Länder unterbreitet. Ihnen wird es zukommen, auf allen Ebenen – weltweit, kontinental, national und lokal – die nötigen Kämpfe zu führen, damit sie Realität werden. Wir machen uns allerdings keinerlei Illusion über den realen Willen der Regierungen und der internationalen Institutionen, diese Vorschläge spontan in die Tat umzusetzen, selbst wenn sie sich daraus aus purem Opportunismus das Vokabular entleihen.

1. Annullierung der öffentlichen Verschuldung der Staaten des Südens, die schon mehrfach zurückgezahlt worden ist und die für die Gläubigerstaaten, die Banken und Versicherungen sowie die internationalen Finanzinstitutionen das privilegierte Mittel darstellen, um den größeren Teil der Menschheit ihrer Vormundschaft zu unterwerfen und dort die Not auf-

rechtzuerhalten. Diese Maßnahme muss begleitet sein von der Rückgabe der gigantischen Summen an die Völker, die ihnen von ihren korrupten Führern entwendet worden sind.

- 2. Einführung von internationalen Steuern auf finanzielle Transaktionen (insbesondere die Tobin-Steuer auf die Devisenspekulation), auf die Direktinvestitionen im Ausland, auf die konsolidierten Gewinne der transnationalen Unternehmen, auf den Verkauf von Waffen und auf Aktivitäten mit starken Emissionen von Treibhausgasen. Ergänzt durch eine öffentliche Entwicklungshilfe, die zwingend 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder erreichen muss, sollen die so freigesetzten Mittel verwendet werden, um gegen die großen Seuchen (darunter Aids) zu kämpfen und um den Zugang der Gesamtheit der Menschheit zu Trinkwasser, zu einer Wohnung, zu Energie, zu Gesundheit, Pflege und Medikamenten, zur Bildung und zu sozialen Diensten zu gewährleisten.
- 3. Schrittweise Abschaffung aller Formen von Steuer-, Justiz- und Bankparadiesen, die ausnahmslos Schlupfwinkel der organisierten Kriminalität, der Korruption, des Schmuggels aller Art, des Betrugs und der Steuerflucht, der kriminellen Operationen der Großunternehmen und sogar von Regierungen sind. Diese Steuerparadiese reduzieren sich nicht nur auf einige in rechtsfreien Zonen konstitutierte Staaten; sie schließen auch die Gesetzgebung mancher entwickelter Staaten ein. Zunächst gilt es, die Kapitalflüsse, die in diese "Paradiese" einfließen oder aus ihnen herausströmen, sowie die Einrichtungen und Akteure finanzieller und anderer Art, die diese Unterschlagungen großen Stils möglich machen, stark zu besteuern.
- 4. Sicherung des Rechtes jedes Bewohners des Erdballs auf einen Arbeitsplatz, auf sozialen Schutz und auf Rente unter Achtung der Gleichheit von Männern und Frauen als ein zwingendes Gebot der öffentlichen Politik, sowohl national wie international.
- 5. Kampf, vor allem durch die öffentlichen Politik, gegen alle Formen der Diskriminierung, des Sexismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Volle Anerkennung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte der jeweiligen Urbevölkerung (einschließlich der Herrschaft über ihre Naturreichtümer).
- 6. Ergreifung von dringenden Maßnahmen, um der Verwüstung der Umwelt und der Bedrohung durch große klimatische Veränderungen infolge des Treibhauseffekts, die sich in erster Linie aus der starken Vermehrung des Verkehrs und aus der Verschwendung nicht erneuerbarer Energien ergeben, Einhalt zu gebieten; Forderung nach der Verwirklichung bestehender Vereinbarungen, Konventionen und Verträge, auch wenn sie unzureichend sind; Beginn der Verwirklichung eines anderen Typs von Entwicklung, gegründet auf Zurückhaltung beim Energieverbrauch und auf der demokratischen Beherrschung der Naturressourcen, insbesondere des Trinkwassers, in globalem Ausmaß.
- 7. Förderung aller Formen eines gerechten Handels unter Ablehnung der freihändlerischen Regeln der WTO und unter Einführung von Mechanismen, die es gestatten, im Prozess der Produktion von Gütern und Dienstleistungen schrittweise zu einer Anpassung der Sozialnormen (wie sie in den Konventionen der ILO empfohlen sind) und der Umweltnormen nach oben überzugehen. Völliger Ausschluss der Bildung, des Gesundheitswesens, der sozialen Dienste und der Kultur aus dem Feld der Anwendung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO. Die Konvention über die kulturelle Verschiedenartigkeit, die gegenwärtig in der UNESCO zur Verhandlung steht, muss ausdrücklich dem Recht auf Kultur und der öffentlichen Politik zur Unterstützung der Kultur den Vorrang einräumen vor dem Handelsrecht.
- 8. Garantierung des Rechtes auf Souveränität und auf Nahrungssicherheit aller Staaten oder Staatengruppen durch die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Dies muss die völlige Abschaffung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte, vor allem durch die USA und die Europäische Union, und die Möglichkeit der Besteuerung der Importe zur Verhinderung von Dumpingpraktiken nach sich ziehen. Ebenso muss jedes Land oder jede Ländergruppe souverän beschließen können, die Produktion und die Einfuhr von genetisch veränderten Organismen, die zur Ernährung bestimmt sind, zu verbieten.
- 9. Verbot jeder Form der Patentierung von Kenntnissen und von lebenden Organismen (sowohl menschlicher wie tierischer und pflanzlicher Natur) sowie jeder Privatisierung von gemeinsamen Gütern der Menschheit (insbesondere des Wassers).

10. Garantie des Rechtes auf Information und des Rechtes zur Informierung durch entsprechende Gesetzgebungen:

- Stopp der Konzentration der Medien in riesigen Kommunikationskonzernen;
- Garantie der Autonomie der Journalisten im Verhältnis zu den Aktionären;
- Förderung der Presse ohne Gewinnstreben, besonders der alternativen und kommunitären Medien.

Die Achtung dieser Rechte erfordert die Schaffung von bürgerlicher Gegenmacht, insbesondere in der Form von nationalen und internationalen Medien-Beobachtungsstellen.

- 11. Forderung nach der Liquidierung der Militärbasen von Staaten, die über solche außerhalb ihrer Grenzen verfügen, und Rückzug aller ausländischen Truppen ohne ausdrückliches Mandat der UNO. Dies gilt in erster Linie für den Irak und Palästina.
- 12. Reformierung und tief gehende Demokratisierung der internationalen Organisationen, indem in ihnen der Vorrang der Menschenrechte, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in der Weiterführung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zur Geltung gebracht wird. Dieser Vorrang schließt die Eingliederung der Weltbank, des IWF und der WTO in das System und die Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen ein. Im Fall des Andauerns der Verletzungen der internationalen Legalität durch die USA Verlagerung des Sitzes der Vereinten Nationen aus New York in ein anderes Landes, vorzugsweise des Südens.

Tariq Ali, Samir Amin, Bello Walden, Frei Betto, Atilio Boron, Bernard Cassen, Boaventura de Sousa Santos, Eduardo Galeano, François Houtard, Armand Mattelart, Adolfo Pérez Esquivel, Ignacio Ramonet, Petrella Riccardo, Samuel Ruiz Garcia, Emir Sader, José Saramago, Roberto Savio, Aminata Traoré, Immanuel Wallerstein.

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

 $\label{lem:verlag} \textit{Verlag und Vertrieb:} \ Bl\"{a}tter \ Verlagsgesellschaft \ mbH, \ Meckenheimer \ Allee \ 73,53115 \ Bonn. \ Postanschrift: \ Postfach \ 2831,53018 \ Bonn, \ Telefon \ 02\ 28\ /\ 65\ 01\ 33, \ Telefax \ 02\ 28\ /\ 65\ 02\ 51.$

E-Mail: abo@blaetter.de - Internet: www.blaetter.de

Verlagsleiter und Geschäftsführer: Karl D. Bredthauer, Telefon 02 28 / 65 85 44. Bankverbindungen: Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502.

Redaktion: Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg, Torstraße 178, 10115 Berlin. Telefon 030/30 88 36 40 (Zentrale), 030/30 88 36 42 (v. Lucke), 030/30 88 36 43 (Mängel), 030/30 88 36 41 (Scharenberg), Fax 030/30 88 36 45. E-Mail: redaktion@blaetter.de.

Redaktion Bonn: Karl D. Bredthauer (02 28/65 85 44). E-Mail: karl.bredthauer@blaetter.de.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. keine Gewähr.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Anzeigen: Annett Mängel, 030/30 88 36 43. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Satz, Layout: Klaußner Medien Service, Köln. Druck: Druckhaus Locher GmbH, Köln.

An dieser Ausgabe wirkte als Redaktionspraktikant Joachim Fulda mit.

Blätter-Förderverein: Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., Meckenheimer Allee 73, 53115 Bonn. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 1 028 171 700.

Preis des Einzelheftes 8,50 Euro, im Abonnement jährlich 66,60 Euro bzw. 50,40 Euro (Mindestpreis). Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 4/2005 wird am 31.3.2005 ausgeliefert. © Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E

